

Eing.: 24 JUNI 2014

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

PCL-01930-2014/0001/CLAT

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesrat, Bezirksrat

der GemeinderätInnen Erich Valentin, Mag. Jürgen Czernohorszky, ~~Ernst Holzmann, Heinz Hufnagl~~, Waltraud Kamer-Kremser MAS, Ernst Nevriy, KR Ingrid Schubert und Mag. Gerhard Spitzer (SPÖ), sowie Mag. Rüdiger Maresch und Dr. Jennifer Kickert (GRÜNE), sowie Mag. Karin Holdhaus und Norbert WALTER, MAS (ÖVP), sowie Ing. Udo Guggenbichler, Manfred Hofbauer, MAS, Angela Schütz und Christian Unger (FPÖ),

eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 24.6.2014 zu Post 1 der Tagesordnung.

Für ein atomkraftfreies Mitteleuropa: Der Wiener Anti-Atomplan

Die Stadt Wien kämpft seit vielen Jahren für ein atomkraftfreies Mitteleuropa. Bereits seit 2003 ist die Wiener Umweltschutzbeauftragte für Wien. Die Stadt Wien lädt NGOs, Anti-Atom-ExpertInnen und VertreterInnen der politischen Parteien des Wiener Gemeinderates regelmäßig zu Anti-Atom-Gipfeln ein. Wien ist auch mit der europäischen Anti-Atom-Arbeit bestens vernetzt. Wiens Umweltstadträtin Ulli Sima hat 2011 das Städte-Netzwerk europäischer Großstädte – Cities for a Nuclear Free Europe – ins Leben gerufen, in dem fast 20 Partnerstädte sowie internationale Organisationen – vernetzt sind. Das Netzwerk agiert auf Europäischer Ebene durch die Vertretung der Interessen der Partner direkt in Brüssel. Wien ist auch führend in der Initiierung und Verbreitung wissenschaftlicher Arbeiten im Bereich der Kernenergie.

Beim 5. Atomgipfel im Wiener Rathaus am 11. Juni 2014 wurde der Wiener Anti-Atomplan präsentiert. Der Plan markiert die Eckpunkte der Wiener Anti-Atomarbeit und präzisiert die Schwerpunkte:

1) Verringerung des nuklearen Risikos für Wien und Kampf gegen grenznahe Atomkraftwerke

Primäres Ziel von Wiens Anti-Atom-Arbeit ist grundsätzlich die Verhinderung der Inbetriebnahme und des Baus neuer Anlagen, die Begrenzung der Lebensdauer bestehender Anlagen sowie die vorzeitige Schließung von besonders gefährlichen Anlagen. Im Focus des Engagements der Stadt Wien stehen die grenznahen AKWs in den Nachbarländern Tschechien (Temelin, Dukovany), Slowakei (Mochovce, Bohunice) und Ungarn (Paks). Daneben ist auch das deutsche KKW Isar auf Grund der direkten Verbindung über die Donau von hohem Interesse. Spezielle Anstrengungen gibt es gegen das 160 km von Wien entfernte AKW Mochovce, das um zwei Blöcke erweitert werden soll.

2) Wien kämpft für Änderung und Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag

Nach Ansicht der Stadt Wien müsste der EURATOM-Vertrag zu einem Instrument zur weitest möglichen Beseitigung der Folgen der Nutzung der Kernenergie in Europa umgewandelt werden. Gelder die im Rahmen des Budgets der EU unter dem Titel EURATOM freigegeben werden, dürften nur noch zum Atomausstieg eingesetzt werden. Sollte eine Verwendung und Änderung des EURATOM-Vertrags in diesem Sinn nicht möglich sein, tritt Wien für einen Austritt Österreichs und anderer atomkraftkritischer europäischer Staaten aus der Europäischen Atomgemeinschaft, sowie einer Entkopplung der Budgets von EURATOM und der Europäischen Union ein.

3) Aktive Rolle Wiens in der österreichischen und europäischen Anti-Atom-Politik

Dazu gehört die aktive Teilnahme an grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie die verstärkte Zusammenarbeit mit den Partnerstädten. Mit Hilfe des Städtenetzwerkes CNFE sollen die Schwerpunkte der Anti-Atompolitik (Haftung für KKW und keine Förderung für Atomstrom) direkt in Brüssel platziert werden. Zentral sind auch die strategischen Allianzen mit anderen Bundesländern. Es wird angestrebt im Rahmen der

Konferenz der LandesumweltreferentInnen eine verstärkte Initiative auch der anderen Bundesländer und der Bundesregierung auszulösen und Schwerpunkte der Bundesländer in ihrer entsprechenden Arbeitsagenda zu etablieren.

4) Breite Information der Öffentlichkeit – Kooperation mit den NGOs

In den letzten Jahren sind umfangreiche Aktivitäten der internationalen Atomlobby im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung der Renaissance der Kernenergie zu verzeichnen. Es ist daher dringend erforderlich, die Informationstätigkeit im Rahmen der Anti-Atom-Offensive sowohl auf offizieller Ebene, als auch durch die beteiligten NGO's zu verstärken. Wien strebt bei der zukünftigen Anti-Atom Arbeit nicht nur eine intensive Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, sondern im Rahmen der Parteien eine breite politische Kommunikation an. Die bereits erfolgreichen und breitunterstützten Anti-Atomgipfel Wiens werden auch in Zukunft die Basis dieser gegenseitigen Unterstützung und Information darstellen.

5) Forcierung der Alternativen Energieträger

Wien setzt weiterhin auf eine Umsetzung der Energieumstellung hin zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energieträgern. Der damit verbundene Ausstieg aus der Atomstromverwendung und damit die verbundene Beispielswirkung ist ein wirksamer Beitrag zur Wiener Anti-Atompolitik. Die im Eigentum der Stadt befindlichen Energieversorgungsunternehmen sind zu 100% atomstromfrei.

Die gefertigten GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions-) Antrag:

Der Wiener Gemeinderat beschließt den Anti-Atomplan als Leitlinie für die Wiener Anti-Atom-Politik.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 24.6.2014